

Nr. 99 (LV) Beschluss zum internationalen Rechtsschutz

Das Exekutivkomitee,

(a) *begrüßt* die in der diesjährigen „Note on International Protection“¹ enthaltenen Informationen über die Umsetzung der Agenda für den Flüchtlingsschutz durch UNHCR, die Staaten und Nichtregierungsorganisationen; *stellt fest*, dass die Agenda für den Flüchtlingsschutz von der Generalversammlung der Vereinten Nationen begrüßt wurde²; *betont* ihre fortgesetzte Bedeutung; und *ermutigt* alle in Frage kommenden Akteure, rechtzeitig über die von ihnen unternommenen Folgeaktivitäten zu informieren, um UNHCR in die Lage zu versetzen, dem Ersuchen des Exekutivkomitees, laufend über seinen Ständigen Ausschuss über die erzielten Fortschritte und die zur Umsetzung der Agenda für den Flüchtlingsschutz ergriffenen Initiativen informiert zu werden, nachzukommen;

(b) *ermutigt* die Staaten, UNHCR, andere zwischenstaatliche sowie nicht-staatliche Organisationen, Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zur Prüfung ihrer jeweiligen Beiträge zur Umsetzung des Aktionsprogramms der Agenda insbesondere auf nationaler und regionaler Ebene zu prüfen;

(c) *begrüßt* den Beitritt von St. Vincent und den Grenadinen zum Protokoll von 1967; *ruft* die Staaten, die dem Abkommen von 1951 und/oder dem Protokoll von 1967 noch nicht beigetreten sind, dazu *auf*, den Beitritt zu erwägen, und jene Staaten, die Vorbehalte gegen die eine oder andere Bestimmung dieser Rechtsakte eingelegt haben, die Streichung dieser Vorbehalte in Erwägung zu ziehen; und *verweist erneut* auf den zentralen Stellenwert, den diese Rechtsakte im internationalen Flüchtlingsschutz haben, sowie auf die Wichtigkeit ihrer vollständigen Umsetzung;

¹A/AC.96/989.

²A/RES/57/187.

(d) *würdigt* die anhaltenden Bemühungen von UNHCR zur Beseitigung von Bedenken in Bezug auf die Schutzbedürfnisse von Flüchtlingsfrauen und -kindern, unter anderem durch eine Reihe von Maßnahmen, die auf die Erfüllung der fünf Verpflichtungen des Hohen Flüchtlingskommissars gegenüber Flüchtlingsfrauen abzielen, sowie durch die praktische Umsetzung der fünf globalen Anliegen für Flüchtlingskinder; und *fordert UNHCR auf*, über die Ergebnisse der Umsetzung dieser Initiativen durch das Amt zu berichten;

(e) *erkennt an*, dass einige Asylländer eine schwere Last tragen, insbesondere Entwicklungsländer und Reformländer, die Flüchtlinge und Asylsuchende in großer Zahl beherbergen, und *wiederholt* in diesem Zusammenhang sein nachdrückliches Eintreten für internationale Solidarität, Lastenteilung und geteilte Verantwortung;

(f) *erinnert* an seinen Beschluss Nr. 91 (LII) über die Registrierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden; *verweist erneut* auf die grundlegende Bedeutung einer frühen Registrierung als eines der wichtigsten Schutzinstrumente und auf die kritische Rolle materieller, finanzieller, technischer und personeller Ressourcen zur Unterstützung der Aufnahmелänder bei der Registrierung und der Ausstellung von Ausweispapieren für Flüchtlinge und Asylsuchende, insbesondere von Entwicklungsländern, die mit Massenfluchtbewegungen und lang andauernden Flüchtlingssituationen konfrontiert sind; *begrüßt* in diesem Zusammenhang die bedeutenden Fortschritte auf dem Gebiet der Registrierung, wie sie aus der laufenden Ausweitung der Aktivitäten betreffend die Registrierung und die Ausstellung von Ausweispapieren im Rahmen des Projekts *Profile* hervorgehen; und *ermutigt* die Staaten und UNHCR, ihre Arbeit in diesem Bereich, gegebenenfalls mit Unterstützung anderer maßgeblicher Akteure, fortzusetzen;

(g) *begrüßt* die Entwicklung des Asylrechts und die Einrichtung von Verfahren zur Statusfeststellung und Zulassung in einer Reihe von Staaten, oft mit Rat und Hilfe von UNHCR; *ermutigt* die betreffenden Staaten, ihre Kapazitäten weiter zu verstärken; und *begrüßt* diesbezüglich die technische und finanzielle Unterstützung anderer Staaten bzw. von UNHCR;

(h) *begrüßt* die im abgelaufenen Jahr bei der freiwilligen Rückkehr erreichten beachtlichen Leistungen³ und das vorhandene Potenzial für die weitere bestandfähige freiwillige Rückkehr zahlreicher Flüchtlinge dank der Bemühungen in den Bereichen Friedensstiftung, Versöhnung und Wiederaufbau, die zur Lösung bestimmter Langzeitkonflikte beigetragen haben; *stellt fest*, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass die Flüchtlingsrückkehr auch weiterhin auf Freiwilligkeit beruht, dass Flüchtlingsfrauen in vollem Umfang und gleichberechtigt an der freiwilligen Rückkehr teilnehmen und dass die bestandfähige Wiedereingliederung gefestigt wird⁴, und *fordert* die Staaten, UNHCR und andere in Frage kommende Akteure *eindringlich auf*, sich verstärkt um dauerhafte Lösungen für Flüchtlinge und Personen unter dem erweiterten Mandat von UNHCR zu bemühen;

(i) *nimmt Kenntnis* von der zunehmenden Komplexität des Umfeldes, in dem internationaler Schutz bereitgestellt wird, und von den vielen Herausforderungen, mit denen Staaten und UNHCR bei der Gewährleistung und Bereitstellung von Schutz für Flüchtlinge und Personen unter dem erweiterten Mandat von UNHCR konfrontiert sind;

(j) *verurteilt aufs Schärfste* alle Angriffe auf humanitäres Personal, einschließlich örtlicher und internationaler MitarbeiterInnen von UNHCR und dessen Partnerorganisationen; *beklagt* die zunehmende Zahl von Opfern und Todesfällen unter diesen MitarbeiternInnen; und *fordert* die Staaten *nachdrücklich auf*, derartige Überfälle eingehend zu untersuchen und die Täter gemäß internationalem und innerstaatlichem Recht vor Gericht zu stellen;

(k) *begrüßt* den Beitritt mehrerer Staaten zum Übereinkommen von 1994 über die Sicherheit von Personal der Vereinten Nationen und beigeordnetem Personal; *ermutigt* jene Staaten, die diesem Übereinkommen nicht beigetreten sind, den Beitritt in Erwägung zu ziehen; und *appelliert* insbesondere an Staaten, in deren Hoheitsgebieten humanitäre Einsätze stattfinden, die persönliche Sicherheit des gesamten humanitären Personals

³Abschnitt VII der *Note on International Protection 2004* (A./AC.96/989) enthält eine Liste mit Beispielen von großen Operationen zur freiwilligen Rückkehr.

⁴Gemäß Sicherheitsratsresolution 1325 über *Frauen, Frieden und Sicherheit*.

zu garantieren und ein Sicherheitsumfeld zu schaffen, das UNHCR und anderem humanitären Personal einen sicheren und unbehinderten Zugang zu schutz- und hilfsbedürftigen Personen ermöglicht;

(l) *äußert seine Sorge* angesichts von Verfolgung, allgemeiner Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, die weiter Vertreibung innerhalb von Landesgrenzen und über diese hinaus verursachen und fortführen und die die Herausforderungen für die Staaten bei der Durchführung dauerhafter Lösungen vergrößern; und *appelliert* an die Staaten, sich mit diesen Herausforderungen auseinander zu setzen und sich dabei uneingeschränkt an das Grundprinzip des Non-Refoulement zu halten, einschließlich der Nichtzurückweisung an den Grenzen ohne Zugang zu fairen und wirkamen Verfahren zur Feststellung der Flüchtlingseigenschaft und des Schutzbedarfs;

(m) *beklagt* die Tatsache, dass Flüchtlinge, RückkehrerInnen und Personen unter dem erweiterten Mandat von UNHCR, insbesondere Frauen und Kinder, nach wie vor Opfer von Mordanschlägen, bewaffneten Angriffen, sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, Zwangsrekrutierung, Familientrennung sowie von Verletzungen oder Bedrohungen ihrer persönlichen Sicherheit und anderer Grundrechte sind; *verurteilt* insbesondere die bewaffneten Angriffe vom August 2004 in der Transiteinrichtung Gatumba (Burundi), bei denen zahlreiche kongolesische Flüchtlinge ums Leben kamen; und *betont* in diesem Zusammenhang die Wichtigkeit, dass Aufnahmestaaten geeignete Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingslagern und -ansiedlungen treffen, unter anderem indem sie im Einvernehmen mit UNHCR nach Möglichkeit dafür sorgen, dass sie in angemessener Entfernung von der Grenze eingerichtet werden; und *betont* ferner die Wichtigkeit, Flüchtlinge vor anderen Formen der Bedrohung und Belästigung durch irgendeine Gruppe oder Person zu schützen;

(n) *erklärt erneut*, dass die Gewährung von Asyl für Flüchtlinge ein friedlicher und humanitärer Akt ist und dass alle Akteure verpflichtet sind, sich jeglicher Handlung zu enthalten, die dies in Frage stellt; *erinnert* an seinen Beschluss Nr. 94 (LIII) über den zivilen und humanitären Charakter von Asyl und an die nützlichen Erörterungen zu diesem Thema im Rahmen der Globalen Konsultationen zum internationalen Rechtsschutz; *begrüßt* die

Einberufung einer Expertenrunde im Juni 2004 durch UNHCR, die diese Fragen weiter erörterte; und *ermutigt* UNHCR, diesen Prozess im Einvernehmen mit den Staaten und anderen in Frage kommenden Akteuren fortzusetzen, mit dem Ziel, Maßnahmen zur Entwaffnung bewaffneter Elemente und zur Identifizierung, Aussonderung und Internierung von Kämpfern auszuarbeiten;

(o) *bekräftigt*, dass die Schutzproblematik der umfassenden Behandlung durch UNHCR bedarf; *erkennt an*, dass die Bereitstellung von internationalem Schutz eine Aufgabe ist, die erhebliche Ressourcen verlangt; *ermutigt* UNHCR, seine Schutzpräsenz in den Einsatzgebieten durch regelmäßige Überprüfungen der Postenstandorte zu verstärken und dabei auch die Verlegung von Posten in Erwägung zu ziehen, wann und wo immer nötig, insbesondere um dadurch die Präsenz nahe an Flüchtlingssituationen, eine aktive Stationierung von Personal in der Zeit zwischen Einsätzen, die Schaffung zusätzlicher Posten, wo eine Verlagerung nicht möglich ist, fortgesetzte Bemühungen um eine rechtzeitige Besetzung von Posten und die aktive Nutzung verschiedener kurzzeitiger Stationierungspläne zu gewährleisten; und *ruft* die Staaten *auf*, in dieser Hinsicht durch rechtzeitige und vorhersehbare Bereitstellung adäquater Ressourcen Hilfestellung zu leisten;

(p) *verweist erneut* auf die Bedeutung von UNHCR-Programmen für geschlechtergerechte Planung und Analyse und den Wert eines strukturierter Dialogs mit Flüchtlingsfrauen, um deren Schutzbedürfnissen besser nachkommen und ihre Rechte schützen zu können, und von Bemühungen zu ihrer Befähigung zur Mitgestaltung, insbesondere durch Schulung und berufliche Qualifizierung; und *verweist* auf die Wichtigkeit der Arbeit mit männlichen Flüchtlingen sowie mit Flüchtlingsfrauen und anderen maßgeblichen Akteuren zur Förderung der Rechte der Flüchtlingsfrauen;

(q) *erinnert* an seinen Beschluss Nr. 84 (XLVIII) über Flüchtlingskinder und jugendliche Flüchtlinge sowie auf andere Beschlüsse, die für die spezifischen Schutzbedürfnisse dieser Gruppe von Belang sind; und *verweist erneut* auf die Bedeutung der vollständigen und wirksamen Umsetzung von Normen und Verfahren, die darauf abzielen, diesen Bedürfnissen besser nachzukommen und Rechte zu schützen, insbesondere um zu

gewährleisten, dass unbegleiteten und von ihren Familien getrennten Kindern sowie ehemaligen Kindersoldaten in Flüchtlingssituationen sowie im Zusammenhang mit Maßnahmen der freiwilligen Rückkehr und Reintegration gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird;

(r) *ermutigt* die Staaten, UNHCR und alle in Frage kommenden Akteure *nachdrücklich*, sich allein oder in Partnerschaft verstärkt der Prävention und Reaktion auf sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt zu widmen, insbesondere durch Wahrnehmung ihrer jeweiligen Verpflichtungen zur Einführung von Standardverfahren, durch entschlossene Umsetzung einschlägiger UNHCR-Richtlinien⁵ und damit verbundener Maßnahmen, wie sie vom Exekutivkomitee in seinem Beschluss Nr. 98 (LIV) von 2003 aufgeführt wurden, sowie gegebenenfalls durch die aktive Nutzung der Neuansiedlung in einem Drittland, um Opfern von sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt Schutz und eine dauerhafte Lösung zu bieten;

(s) *stellt fest*, dass 2004 der 20. Jahrestag der *Erklärung von Cartagena über Flüchtlinge* gefeiert wird; dass dieser pragmatische und flexible Rechtsakt nach wie vor zum Schutz der Flüchtlinge in der Region ermutigt; dass sich die Staaten im November 2004 dank der großzügigen Einladung der Regierung Mexikos in Mexiko City versammeln werden, um diesen Jahrestag zu begehen; und *ermutigt* die Staaten, gemeinsam mit einschlägigen internationalen Organisationen sowie mit Vertretern der Zivilgesellschaft an der Erarbeitung eines regionalen Aktionsplans zur weiteren Stärkung des internationalen Rechtsschutzes für Flüchtlinge in der Region mitzuwirken;

(t) *anerkennt*, im Einklang mit der „Konvention Plus“-Initiative von UNHCR, die Bedeutung umfassender Ansätze, insbesondere zur Lösung lang andauernder Flüchtlingssituationen und von Massenfluchtbewegungen, die, abhängig von den Umständen und Besonderheiten der einzelnen Flüchtlingssituation, freiwillige Rückkehr, Integration vor Ort und Neuansiedlung in einem Drittland einschließen; *ermutigt* UNHCR, die

⁵Einschließlich der Richtlinien zur Vorbeugung und Reaktion auf sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt gegen Flüchtlinge, Rückkehrer/innen und Binnenvertriebene vom Mai 2003.

Staaten und andere maßgebliche Akteure, sich um umfassende Regelungen für konkrete Flüchtlingssituationen zu bemühen, die Kombinationen von Lösungen vorsehen; und *stellt fest*, dass der Weg über Gemeinschafts-entwicklung, der je nach Fall die Beteiligung männlicher und weiblicher Flüchtlinge sowie von Flüchtlingskindern gewährleistet, zum Erfolg solcher Lösungen beiträgt;

(u) *wiederholt*, dass die freiwillige Rückkehr, wo und wann immer eine solche durchführbar ist, noch immer die bevorzugte Lösung in den meisten Flüchtlingssituationen ist; *ersucht* die Staaten, UNHCR und andere geeignete Organe der Vereinten Nationen sowie die internationale Gemeinschaft, gemeinsam auf die Schaffung von Bedingungen hinzuwirken, die die Förderung der freiwilligen Rückkehr ermöglichen; und *betont* die Notwendigkeit, dass die freiwillige Rückkehr in Sicherheit und Würde stattfindet;

(v) *begrüßt* den von der *Core Group on the Strategic Use of Resettlement* entwickelten *Multilateral Framework of Understandings on Resettlement* (Multilateraler Vereinbarungsrahmen zur Neuansiedlung in Drittländern); *stellt fest*, dass der Rahmen Bestandteil des von der „Konvention Plus“-Initiative vorgesehenen umfassenden Ansatzes ist; *geht davon aus*, dass seine Anwendung in der Praxis den Zugang zu dauerhaften Lösungen für eine größere Anzahl von Flüchtlingen verbessern wird, und *ermutigt* deshalb interessierte Staaten, UNHCR und andere maßgebliche Partner, den Rahmen in vollem Umfang zu nutzen;

(w) *ermutigt* die Staaten, UNHCR und andere maßgebliche Akteure, ihre Arbeit an der Entwicklung anderer Stränge der „Konvention Plus“-Initiative fortzusetzen, einschließlich jener in Bezug auf Entwicklungshilfe und auf irreguläre Weiterwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden;

(x) *ermutigt* die Staaten und UNHCR, den strategischen Einsatz der Neuansiedlung in Drittländern im Geiste der internationalen Lastenteilung und der gemeinsam getragenen Verantwortung in Verbindung mit anderen dauerhaften Lösungen in die Praxis umzusetzen, insbesondere zur Lösung lang andauernder Flüchtlingssituationen; und *ermutigt* ferner zur Weiterentwicklung der Methodik für die Weiterverweisung zur Neuansiedlung von

Gruppen sowie zur Fortsetzung der Bemühungen um deren Umsetzung, wobei bedacht werden sollte, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Flexibilität bei der Neuansiedlung von Flüchtlingen mithelfen könnten, die Möglichkeiten zur Neuansiedlung zu erweitern;

(y) *ermutigt* die Staaten und UNHCR, in Absprache mit anderen in Frage kommenden Akteuren bei ihren Überlegungen in Bezug auf die Integration vor Ort, wo es angezeigt und durchführbar erscheint, die Profile von Flüchtlingsgruppen innerhalb einer allgemeinen Flüchtlingsbevölkerung heranzuziehen und zu berücksichtigen und dabei die unterschiedlichen Fähigkeiten der Flüchtlingsbevölkerung bzw. von deren Segmenten sowie der Staaten, die ihnen Zuflucht bieten, zu bedenken;

(z) *begrißt* den Beitritt Uruguays und der Tschechischen Republik zum Übereinkommen von 1954 über die Rechtsstellung der Staatenlosen sowie von Liberia und Lesotho zum Übereinkommen von 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit; und *ermutigt* UNHCR anlässlich des 50. Jahrestags des Übereinkommens von 1954, seine Bemühungen zur Förderung weiterer Beitritte zu beiden Übereinkommen fortzusetzen;

(aa) *begrißt* die Veröffentlichung des Schlussberichts der weltweiten UNHCR-Untersuchung über Staatenlosigkeit im März 2004 als wichtigen Schritt in Richtung eines gemeinsamen Verständnisses eines Problems, von dem alle Regionen der Welt betroffen sind; und *fordert UNHCR auf*, seine technische und operative Unterstützung von Staaten fortzusetzen, mit dem Ziel, Staatenlosigkeit zu verhindern und zu beseitigen und den Schutz Staatenloser zu fördern, insbesondere in Anbetracht der geringen Zahl von Vertragsstaaten des Übereinkommens von 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit;

(bb) *stellt mit Sorge fest*, dass viele Situationen von Staatenlosigkeit von langer Dauer sind und *ersucht* UNHCR, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen und mit den betreffenden Staaten Maßnahmen zu prüfen, die diese Situationen verbessern und beenden.